

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Heinz Sahrenbrock, Düsseldorf 100, Tannenstr. 35, Telefon 32423 + Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstr. 65, Telefon 4692 + Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 29

Düsseldorf, den 18. Juli 1925.

Jahrgang 1925

Voraussetzungen für das Wiederaufblühen der Wirtschaft.

In einer der letzten Nummern unserer Verbandszeitung wurde in einem Aufsatz die Erhaltung der Volks- und Arbeitskraft als eine unerlässliche Voraussetzung für das Wiederaufblühen der Wirtschaft gezeichnet. Mit Recht wurde hervorgehoben, daß die Volkskraft das kostbarste Gut der Nation sei, ein Nationalkapital, das in weitem Umfange den Mutterboden der Kultur und der wirtschaftlichen Produktivität darstelle. Sowohl aus sozialen, als wie auch aus nationalen Gründen müsse für die Erhaltung und Bewertung der deutschen Volks- und Arbeitskraft eingetreten werden, weil das die erste notwendige Voraussetzung bilde für das Wiederaufblühen unserer deutschen Wirtschaft. Dieser Erkenntnis können sich sogar hervorragende Führer im Arbeitgeberlager nicht verschließen.

Kommerzienrat Max Koesler, ein bekannter Unternehmer der keramischen Industrie, hat sich zu dieser so wichtigen Frage schon im Jahre 1918 in „Der Sprechsaal“, Zeitschrift für die keramischen, Glas- und verwandten Industrien (Eoburg 1918, Jahrgang 51, Nr. 21), folgendermaßen geäußert:

„Es muß von vornherein ein für allemal ausgeschlossen sein, daß etwa Löhne und Gehälter gedrückt werden. Ueberall sind die Ausgaben für die Lebenshaltung außerordentlich gestiegen, nur bei ausreichender Beschäftigung derselben kann von dem Mann überhaupt etwas verlangt werden. Es muß also nicht nur für diese gesorgt werden, sondern es ist auch darnach zu verfahren, daß die Leistungsfähigkeit und die Leistungswilligkeit des Mannes durch seine Entlohnung und durch sonstige Fürsorge für ihn gesteigert und erhalten werde. Billigste Arbeit ist immer schlechte Arbeit. Beste Arbeit ist immer die wertvollste und gleichsam sparsamste, weil sie sowohl den Mann als auch den Werkstoff am besten ausnützt. Von vornherein also fort mit dem Gedanken, eine Verbilligung der Erzeugung durch Lohnrückerei erzielen zu können und zu wollen.“

Das ist das Bekenntnis eines großdenkenden Unternehmers. Die nüchtern rechnende Abfindung mit den Notwendigkeiten eines hohen Lohnstandes ist aber keineswegs der vorwiegende Standpunkt im Arbeitgeberlager. Im allgemeinen neigt die Mehrheit der Arbeitgeber zu der Ansicht, daß der Lohn möglichst niedrig gehalten werden muß, damit auf der anderen Seite der Gewinn für den Unternehmer um so größer ist. Darum das sowohl grundsätzliche als wie auch praktische Drängen der allermeisten Unternehmer und der Arbeitgeber-Verbände zu einem Abbau der Löhne. Für die Richtigkeit der hier eingangs vertretenen Auffassung stehen nicht nur weitblickende Sozialpolitiker und bedeutende Industrieführer ein, sondern auch hervorragende Vertreter der Wissenschaft. Es sei hierfür nur eine beachtenswerte Stimme angeführt: Prof. Dr. Waldemar Zimmermann hat in den Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform (Heft 65, 9. Bd., Jahrg. 1919) sich wie folgt geäußert:

„Der alte Gedanke mancher Vertreter der britischen individualistischen Ökonomie — Petty und andere — durch billige Löhne das Kapital zu gesteigerter Produktion anzuregen und damit billige Konkurrenzpreise für die Waren zu erzielen, die dem Arbeitslohne eine freigelegene Kaufkraft verleihen, ist wohl im Kriege endgültig begraben worden. Wenn sich auch vorübergehend während der Arbeitslosigkeit einzelner Zweige im ersten Kriegsjahre ein Rückfall in die Lehre der Notlöhne, die durch öffentliche Wohlfahrtszuschüsse bis zur Höhe des Existenzminimums ergänzt werden sollten, bemerkbar gemacht hat. Seit 1916 ist die Forderung des Mindestexistenzlohnes — natürlich immer relativ betrachtet in Anpassung an die allgemeine Herabdrückung der Lebenshaltung — allenthalben wenigstens grundsätzlich zur Anerkennung gekommen und auch nach dem Kriege nicht mehr umzuwerfen, mögen die Dinge kommen wie sie wollen. Das muß eine unabänderliche Richtschnur unserer sozialwirtschaftlichen Uebergangspolitik sein, wenn der Neuaufbau Deutschlands auf gesunden Grundlagen vor sich gehen soll.“

Soll unsere deutsche Wirtschaft bald wieder aufblühen, so ist die Niedrighaltung der Löhne hierzu der allerungeeignetste Weg. Wo zuerst und wo wirklich ohne Schaden für die Volksgesundheit geparkt werden kann, hat Reichsbankpräsident Dr. Schacht den Arbeitgebern auf dem Industrie- und Handelsstage in Köln am 25. Juni in freier Williger Weise gesagt:

„Zur Zeit haste uns noch immer viel zu viel Inflationsschmerz an. Insbesondere sei der ganze Verteilungsapparat unserer Wirtschaft noch immer in ungerechtfertigter Weise aufgebbläht. In Berlin z. B. sei die Zahl der ins Handelsregister eingetragenen Firmen von 31600 des Jahres 1913 auf über 51000 im Jahre 1924 gestiegen. Die Vermehrung der Aktiengesellschaften werde auf das Vierfache der Vorkriegszeit geschätzt. Das Übermaß der Direktoren und

Aufsichtsräte lasse auf eine Erhöhung verartiger Stellen um 60 bis 70% über den Friedensstand schließen. Die Zahl der Banken und Bankfirmen in Deutschland gehe immer noch weit über das Doppelte der Friedensziffer hinaus. Die Zahl der Börsenbesucher sei noch immer übermäßig groß.

Es sei sehr bedauerlich, daß infolge des Krieges eine starke Preissteigerung auf allen Rohstoffgebieten stattgefunden habe. So bleibe dieser Preisunterschied noch weit zurück hinter der Differenz, die der Kleinhandelspreis gegenüber den Erzeugerpreisen aufweise. Diese Differenz sei heute schon bei den notwendigsten Lebensmitteln oft doppelt und dreifach so hoch wie im Frieden. Bei den übrigen Gegenständen des täglichen Bedarfs, z. B. Textilien, sei die Differenz zwischen Kleinverkaufspreisen und Erzeugerpreis noch viel erheblicher.“

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat mit diesen Darlegungen die Krebschäden unserer Wirtschaft klar und deutlich gezeichnet. Nur wenn diese wirklichen Schäden einmal in der deutschen Wirtschaft restlos beseitigt sind, wird sich diese auch nach und nach wieder erholen können. Viele Arbeitgeber und ihre Verbände erblicken aber einzig und allein alles Heil nur in dem Abbau der Löhne und in der Verlängerung der Arbeitszeit. Das ist in der Tat die einfachste und bequemste Lehnstuhl-Politik, die es überhaupt nur geben kann. Nein, die Niedrighaltung der Löhne kann nur beibehalten werden auf Kosten der allgemeinen Lebensführung und Kulturpflege, vor allem auf Kosten einer zureichenden Ernährung, die sich jetzt schon an der Gesundheit und Leistungsfähigkeit vieler Familien bereits schwer gerächt hat. Darum kann es in dieser Hinsicht für das Wiederaufblühen der Wirtschaft nur eines geben: Restlose Beseitigung aller Krebschäden in unserer Wirtschaft und Stärkung und Erhaltung der deutschen Volks- und Arbeitskraft durch Gewährung auskömmlicher Löhne und durch Verkürzung der Arbeitszeit.

Die drei Hebel - Gewerkschaften, Genossenschaften, Standesvereine.

Vor fünfzehn Jahren sprachen wir alle von einer Selbstverständlichkeit, wenn wir betonten, daß die christlichen Arbeiter den Gewerkschaften, Konsumvereinen und Arbeitervereinen angehören müßten. Diese drei Organisationen bezeichnete man als die drei Hebel, mittels deren der Stand der Arbeiter materiell und geistig gehoben werden sollte. Heute müßte das noch viel selbstverständlicher sein, ist es aber in Wirklichkeit nicht. Der Krieg hat die Arbeitererschaft vier Jahre hindurch körperlich und geistig so in Anspruch genommen, daß sie kaum dazu kam, an sich und ihre Standesangelegenheiten zu denken, und die Nachkriegszeit mit ihrer graufigen Inflation konzentrierte das Interesse der Arbeitererschaft so auf den Augenblick, daß sie kaum eine höhere Idee fassen und sich über größere Zusammenhänge klar werden konnte. Um so wichtiger ist es jetzt, da wir wieder festen Boden unter den Füßen haben — allerdings auch wieder ganz unten auf dem Boden stehen und mit manchem Fortschritt erst wieder von vorne anfangen müssen — uns selbst und unsern Kollegen die großen Gesamtzusammenhänge unserer Bewegung aufs neue zum lebendigen Bewußtsein zu bringen, auf daß wieder ein planmäßiges Streben in die ganze christliche Arbeiterschaft hineinkommt, ein Streben, das eben deshalb, weil es planmäßig ist, auch erfolgreich sein muß.

Gelegentlich gefällt man sich darin, den Arbeiter in seine Teile zu zerlegen. Man tut das, um seine verschiedenartigen Interessengebiete aufzuzeigen. Bei dieser Zerlegung nennt man den einen Teil des Arbeiters Produzent, den andern Konsument, und schließlich findet man, der Arbeiter hat nicht nur zwei Hände und einen Magen, er hat auch noch etwas anderes: Verstand und Herz — er ist ein geistig-sittliches Wesen. Die Zerlegung des Arbeiters in diese Teile gefällt uns zwar nicht, denn schließlich ist der Arbeiter doch in allem und in jedem Betracht ein Ganzes, er ist Mensch, aber lassen wir sie heute einmal gelten.

Der Arbeiter ist Produzent, er steht in der Gütererzeugung. Aber er nimmt eine besondere Stellung ein in der Produktion. Er ist besitzlos und darum ohnmächtig und unselbständig. Die fortschreitende Technik drückt ihn mehr und mehr zum Handlanger der Maschine herab. Er ist nicht führend in der Produktion, er ist folgend. Er bekommt nicht den Gewinn seiner Arbeit, er ist Lohnempfänger. Aus der Eigenart seines Wesens in der Gütererzeugung ergeben sich nun für ihn eine Reihe von Interessenfragen, die sich in der Hauptsache auf seine Stellung im Betrieb, auf die Arbeitsmethode, auf die Arbeitszeit und auf den Lohn beziehen. Welche Stellung ist ihm in der Produktion eingeräumt? Wie ist seine Menschenwürde geachtet und gewahrt? Ist er ein freier Arbeiter, oder ist er doch nur Knecht, ein moderner Sklave? Ist er Schaffer, oder ist er nur Handlanger? Gestatten ihm Lohn und Arbeitszeit auch einmal als Mensch aufzutreten, sich auf sich, auf sein besseres Selbst zu besinnen, etwas für sein geistiges Leben zu tun, oder wird er bewertet wie ein Arbeitsstier, dem man nur so viel Stallruhe und Futter gibt, als es unbedingt nötig hat, um bei Krüften zu bleiben und zu arbeiten. Alle diese Fragen sind von größter Bedeutung für den Arbeiter, gehen sie doch in die Tiefe seines ganzen Lebens hinein. Allein aber kann er nichts tun, die Fragen zu einer guten Lösung zu bringen. Da kommt die Gewerkschaft! Sie will die Arbeiterschaft sammeln zu gemeinsamer Kraftentfaltung. Was dem einzelnen an Kraft und Einflußmöglichkeit abgeht, will sie durch den solidarischen Zusammenschluß in der Organisation ersetzen. Sie will den Lohn so gestalten, daß der Arbeiter mit seiner Familie davon leben kann. Sie erstrebt eine Arbeitszeit, die verhüten soll, daß die Kräfte des Arbeiters vor der Zeit verbraucht werden, die dem Arbeiter gestatten soll, Mensch, d. h. Kulturwesen, Familienvater und Staatsbürger zu sein. So kommt die Gewerkschaft dem Arbeiter zu Hilfe, die wirtschaftlichen Nöte des Tages zu überwinden.

Aber über diese Tagesangelegenheit hinaus bemüht die Gewerkschaft sich, die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit zu Einfluß und zur Mitbestimmung im Betrieb und in der Wirtschaft zu bringen. Sie geht noch weiter! Immer bestimmter treten die Gewerkschaften dafür ein, die Arbeiterschaft auch am Besitz der wirtschaftlichen Unternehmungen maßgebend zu beteiligen. Die Besitzbeteiligung der Arbeiter ist keine Frage, die im Handumdrehen gelöst werden kann. Sie ist ein Problem, das noch einer gründlichen Bearbeitung bedarf, das aber schließlich einmal gelöst werden muß und wird. Der Arbeiter als Produzent in der Frage kommt, findet Schutz und Halt und Förderung in der gewerkschaftlichen Organisation. Das Ziel der Gewerkschaft steht fest, in welchem Maß es aber verwirklicht wird, das hängt sehr wesentlich ab von der materiellen und geistigen Kraft der Gewerkschaft. Die materielle und geistige Kraft kann der Gewerkschaft aber nur aus der Arbeiterschaft selbst kommen. Und was ist darum selbstverständlicher, als daß der vernünftige Arbeiter sich der Gewerkschaft anschließt und ihr nach besten Kräften dient? Diese Erkenntnis muß wieder Gemeingut der Arbeiterschaft werden, und die Arbeiter müssen mutig und opferbereit die Folgerungen daraus ziehen.

Der Arbeiter ist Konsument, er nimmt teil an der Güterverteilung. Aber auch in der Konjunktion nimmt er wieder eine eigenartige Stellung ein. Zwar hat er einen normalen Lebensbedarf wie jeder andere Mensch: er muß essen, trinken, sich kleiden, wohnen. Jedoch zeichnet ihn auch hier seine Besiglosigkeit und damit Einflußlosigkeit auf die Gestaltung der Güterverteilung aus. Er besitzt nichts, das er selbst in den Konsum geben, womit er Rechte und Ansprüche erwerben könnte. Er hat als einzelner keine Möglichkeit, die Güterverteilung zu beeinflussen, und doch hat er eine Reihe wichtiger Interessenfragen an die Güterverteilung: Was wird verteilt? Das in erster Linie wirklich notwendige für den Lebensbedarf, oder das Ueberflüssige, das Nichtige, der Luxusartikel? Wird die Güterverteilung nach dem Bedarf oder nach der Reklame geregelt? Wird an den Konsumenten herangebracht, was er wirklich notwendig hat, oder was der Händler gerne verkaufen möchte, weil es mühselos und guten Gewinn verspricht? Aus Lübeck wurde berichtet, daß dort 1914 103, 1925 nur noch 69 Einwohner auf eine eingetragene Handelsfirma kamen. Diese Ziffern sprechen Bände, insbesondere geben sie einen wesentlichen Grund dafür an, warum die Preise so unerschwinglich hoch sind. Wie wird verteilt? So, daß es wirklich eine Güterverteilung, oder so, daß es auch nur lediglich ein gutes Geschäft ist? Geht die Güterverteilung im Dienste des Menschen oder im Zeichen des Spekulationsgewinnes vor sich? Der Arbeiter als einzelner hat auf all das nicht den geringsten Einfluß. Er kann die Güterverteilung nicht in bestimmte Bahnen zwingen und kann sie nicht dazu bringen, sich dem Bedarf anzupassen, er kann sie nicht reinigen von den Schlacken der Reklame und der gemeinen Spekulation, er hat keinen Einfluß auf die Preisgestaltung. Als einzelner Konsument ist der Arbeiter dem Handel ausgeliefert. Da erscheint der Konsumverein! Durch Zusammenschluß Millionen einzelner will er erreichen, was der einzelne nicht zu erreichen vermag. Er tritt als Macht auf. Er kauft als Genossenschaft im großen ein und gibt seinen Mitgliedern im kleinen ab. Darin liegt seine Bedeutung und seine Kraft. Diese keine Kraft paßt er dem Bedarf an. Er vermittelt das Lebensnotwendige. Er ersetzt nicht durch Reklame, was der Ware an Güte fehlt. Seine Kraft wendet er auf, um gute Ware und diese gute Ware billig zu vermitteln. Aber auch der Konsumverein beschränkt sich nicht auf das Nächstliegende, er greift darüber hinaus und sucht durch Eigenproduktion seine Mitglieder an der Wirtschaft zu beteiligen und ihren Einfluß zu stärken und geltend zu machen, wobei er sich nicht nur der eignen Kapitalien, sondern auch der Sparsmittel der breiten Volksmassen bedienen möchte. Aber bei

den Konsumvereinen ist es gerade wie bei den Gewerkschaften. Ihre Leistungsfähigkeit und ihr Erfolg hängen von ihrer Kraft, ihrer Entfaltung und Einflußmöglichkeit ab.

Schließlich ist der Arbeiter aber auch ein geistig-geistliches Wesen. Er hat Verstand und Seele. Er ist ausgestattet mit der Würde der Gottähnlichkeit.

Der Arbeiter ist Produzent, Konsument und geistiges Wesen. Alles in einer Person! Als Produzent, Konsument und auch als geistiges Wesen ist er in Not.

Der Arbeiter ist Produzent, Konsument und geistiges Wesen. Alles in einer Person! Als Produzent, Konsument und auch als geistiges Wesen ist er in Not.

ein bedrückter, ein bedrängter Mensch, ein Mensch, der Not leidet. Alle Hilfe, die ihm geleistet wird, muß darum dem Menschen Arbeiter helfen, und in der Hilfe für den Menschen muß jede einzelne Hilfe ausklingen.

Beendigung der Generalausperrung im Holzgewerbe.

Nachdem im Holzgewerbe die Generalausperrung für das ganze Reich angeordnet, aber nur zum Teil durchzuführen war, hatte das Reichsarbeitsministerium auf Antrag der Arbeitgeber die Parteien zu Verhandlungen für Mittwoch, den 24. Juni, nach Berlin eingeladen.

Diese Verhandlungen führten in allen in Frage kommenden Landesarbeitsgerichten, mit Ausnahme von Thüringen und Schleswig-Holstein zur Einigung, die eine alsbaldige Aufhebung der Ausperrung zur Folge haben dürfte.

Es wurden folgende Spitzenlöhne für die einzelnen Bezirke vereinbart: Bezirk Hamburg: Bei Wiederaufnahme der Arbeit 0,98 Mk., ab 31. 7. 1925 1,03 Mk.

Während für das Gebiet Rheinisch-Westfälisches Industriegebiet bereits eine Löhregehung mit 0,95 Mk. Spitzendurchschnittslohn mit dem Rheinisch-Westfälischen Tischlerinnungsverband vorlag, soll die gleiche Regelung auch für das Rheingebiet mit Ausnahme der obengenannten Städte erfolgen.

Damit dürfte eine Lohnbewegung zum Abschluß gelangt sein von einer Bedeutung, wie sie im Holzgewerbe bisher noch nicht zu verzeichnen war.

Zur Abwehr der Arbeitgeberbestrebungen hatte der Zentralverband christlicher Holzarbeiter Extrabeiträge von 1-5 Mark wöchentlich, entsprechend dem Wochenverdienst der Mitglieder, zur Erhebung gebracht.

Der Lohnanteil am Fertigprodukt.

Angelehnt an die in der Denkschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände an die Reichsregierung vertretenen Forderungen auf Abbau der Löhne und Soziallasten, sind die Untersuchungen des Textilfabrikanten Georg Landauer über den Prozentfuß der Löhne und Gehälter am Verkaufspreis in der Wirtschaftskurve der „Frankfurter Zeitung“ nicht ganz uninteressant.

Dieses charakteristische Beispiel aus der Textilindustrie läßt die Behauptung in sich zusammenbrechen, daß ausschließlich die Löhne preistreibend wirkten. Die hohen Geschäftskosten haben vielmehr ganz andere Ursachen.

Solche Zustände sind nicht nur in der „Bank für Landwirtschaft“, sondern auch in vielen anderen Industriezweigen vielfach anzutreffen. In 260 der bedeutendsten Aktiengesellschaften sollen nach neueren Feststellungen Ende 1924 62 vom Hundert Direktoren mehr vorhanden gewesen sein als Ende 1913.

Die Textilindustrie in den Jahresberichten der württ. Gewerbeaufsicht.

Die allgemeinen Fragen des Arbeitsrechts und des Arbeiterschutzes haben wir in einem vorausgehenden Aufsatz behandelt. In gedrängter Kürze geben wir nun noch einen Überblick über die unsere in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Kolleginnen besonders.

Wie im allgemeinen in vielen Berufen besonders häufig Verstöße gegen die Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen zu verzeichnen waren, so war das auch in der Textilindustrie der Fall. So wurde der Betriebsleiter einer Rammgarmspinnerei mit 300 M. bestraft, weil er einen Teil der Arbeiterinnen ohne behördliche Erlaubnis in Schichten von 8 1/2, 9 1/4 und 10 1/2 statt 8 Stunden und über 10 Uhr abends hinaus beschäftigt hatte.

Man darf wohl ohne weiteres als zutreffend unterstellen, daß sich das Gewerbeaufsichtsamt noch viel häufiger mit solchen Ueberschreitungen zu befassen gehabt hätte, wenn nicht verschiedene Umstände die wirksame Durchsetzung der Arbeiterschutzbestimmungen beeinträchtigt hätten.

Unsere Ferienreise.

Eine Verbandskollegin aus Sachsen berichtet nachstehend über die Eindrücke bei ihrer Ferienreise.

Das war herrlich! Eine richtige Ferienreise haben wir in diesem Jahre gemacht. Es ging in's schöne Sachsenland und dazu noch Dresden!

Sonnabends nach Arbeitslohn wurde der Beutel geschürt (meiner ist eine Pappschachtel) und dann ging's los. Barfuß! W. - Markt. Die müssen reichen für Fahrt und stehentägigen Aufenthalt in unserer Ferienheim. Da kommt Ihr Such denken, daß ich vorsichtig sein muß im Geldausgeben.

Sieben Stunden Fahrt im pfingstmäßig gefüllten 4. Klasse-Wagen. Das war allerdings keine Erholung. Soweit wir uns verständigen konnten, sprachen wir über die Dinge, die da kommen sollen. In übrigen bekränkten wir uns darauf, uns anzuschauen. Alle Leute im Abteil freuten sich auf Pfingsten, das sah man ihnen an. Aber so wie wir freuten sie sich nicht.

Wir sind am Ziel! Dresden. Ein großer Bahnhof und so viele Menschen, daß man keinen Ausgang findet. Bald sind wir auch in der Bleibe, die uns eine Woche Heim sein soll. Wir treffen viele andere Kolleginnen, mit denen wir unsere Ferien teilen sollen. Von all den Namen wissen wir am Schluß noch unseren eigenen. Zeit geht's an die Besichtigung des Wohn- und Schlafzimmers. Die Kleider werden ausgepackt, und er ertönt die Brandglocke! Ach nein, die schon früher eingetroffenen Kolleginnen belehren uns, daß diese ungeheure Einladung dem Essen gilt! Ha, wenn's so ist, dann ist die Sache ja ungefährlich.

Wir sitzen uns nach einer solchen Fahrt gerne zu den Aufwartungsarbeiten in den Speisesaal. So viele Tische und so einladend weiß gedeckt. Außer uns sind noch viele Menschen aller Altersklassen da, die sich gar nicht einmal sehr zu fürchten scheinen, also lesen auch wir uns ruhig hin. Wir sind an zwei großen Tischen, wir Textiler. Die Angst vor dem Ungeheuer ist bald überwunden. Und wenn wir nicht mit dem Essen so lebhaft beschäftigt gewesen wären, hätten wir uns sicher so unterhalten, wie die anderen.

Die Hausfrau spricht vor und nach dem Essen ein Tischgebet, und wir sind nach dieser ersten Meilheit froh, daß wir die Sitten des Hauses einigermaßen kennen.

Nach dem Abendessen wird noch eine eingehende Besichtigung des großen Gartens unternommen. Wir versuchen zwar, ob man darin auch jungen kann.

Pfingst-Sonnabend. Ach, trotz des Strahlens habe ich heute geschlafen. Wenn mich die Kolleginnen nicht geweckt hätten, wäre ich noch lange in den „Federn“ geblieben. Um 8 Uhr wird gemeinsam gefrühstückt. Als dann die Glocken zum

Pfingstgottesdienst so herrlich läuteten, bezogen wir die Einladungen auch auf uns und gingen in die Kirche. Die meisten von uns besuchten den Gottesdienst in der Kreuzkirche.

Wir brauchten wahrscheinlich einen heiligen Geist, um eine Woche lang gemeinsam froh zu sein.

Einige beschließen jetzt noch das Rathaus. Wir anderen gehen zur „Brüchlichen Straße“. Hier liegt Dresden in seiner ganzen Schönheit vor uns. Auch der Festbetrieb auf der Elbe interessiert uns. Wir können uns, als die Zeit zum Mittagessen da ist, kaum trennen.

Nachmittags machten wir eine Fahrt nach Hellerau. Eine Gartenstadt ohne Mietskasernen. Wir wollten hinaus zu einer ruhigen frohen Feierstunde, wie sie zum Pfingsttag gehört. Ein paar gemeinsame Lieder singen wir. Wir sprechen über unsere Feste, unsere Arbeit, unsere Ferienräume. Als wir abends heim führen, waren wir schon warm miteinander geworden. Wir waren uns nicht mehr fremd.

Nach dem Abendbrot gehen einzelne noch ein Stündchen in den Garten, dann wird das Lager aufgeschlagen.

Pfingstsonntag stehen wir unsere Stadtbesichtigungen fort. Kirche und Schloß werden besichtigt. Das einzigartige Konzert in der Hofkirche hören wir uns an. Mittags geht es in die Sächsisch-Schweiz, von der wir so lange schon geträumt haben. Der Gang über das Kriehen durch den Zauselgrund und die Zauselwäldchen ist romantisch. Auf der Bastei haben wir herrliche Ausblicke vor uns, die man nicht beschreiben kann.

So viel Schönes auf einmal! edrückt beinahe. Auf der Heimfahrt, die im Wagen 5. Klasse (Büchswagen) angetreten wird, machen wir in einigen Nierden dem Herzen Luft.

Jeder neue Tag bringt uns einen neuen großen Eindruck. Wir haben die Gemäldergalerie und ihr Glanzstück, die sizilianische Madonna.

Das herrliche Meisen mit Burg und Dom. Die staatliche Porzellanmanufaktur. Bei einem Rundgang konnten wir die ganze Arbeit sehen. Die Arbeit am Ofen, die Formerei - alle Fertigung bis zur Ausschmückung des feinsten Porzellans.

Die Ausstellung Wohnung- und Ernährung in Dresden zeigte die Wohnungsfrage und einen Teil ihrer Lösung. An den vielen Zusammenstellungen konnten wir uns gar nicht satt sehen. Stets neugierig beobachteten wir nachher, ob wir wohl einmal in die Lage kommen würden, uns ein wirkliches Heim zu schaffen.

Der große Garten in Dresden steht wohl einzig da! Er verdient seinen Namen. Groß ist er - unerlässlich! - und gepflegt wie ein Garten ist er auch. Der Zoologische Garten zeigte uns lustiges Affenleben, Löwe und zeltende Tiere, freies Indianerspiel.

Schön ist auch die Dampferfahrt nach Schloß Pillnitz. Die Innenbesichtigung zeigte uns die Räume des königlichen Jagdschlosses. Brunnen, deren Schönheiten sich gegenseitig überbieten. Es ist auch in diesem Hause ein Sterbebett. Vielleicht das einzige in all den Herrlichkeiten, was an Heimat und Ruhe erinnert. Ich dachte nachher, daß ich trotzdem nicht König sein möchte.

Ein Glanzpunkt unserer Wanderschaft war die Heimfahrt auf dem Elbdampfer. Vielleicht war es der Vergleich, den alle im Stillen zogen zwischen sich und dem scheinbar glückseligen Königskind, der uns Zufriedenheit mit dem Beruf nahebrachte. Wir empfanden, daß das Städtchen Welt, das wir in diesen Tagen eroberten, uns gehörte, daß wir die ganzen Herrlichkeiten und Schätze der Welt uns erobern können. So frisch und begeistert wie an diesem Abend haben wir vorher und nachher nie gefungen. Diese Herrlichkeit lieben und sie ehren als Denkmäler unserer Ahnen, sie schützen vor der Zerstörung, das ist ein Stück Vaterlandsliebe.

Ein erfrischendes Erlebnis waren uns einige Heimabende. Wir fanden uns mit den Mitbewohnerinnen des Hauses zu paar fröhlichen Stunden zusammen. Ueberhäumende Jugendlust kam ganz auf ihre Rechnung. Sozial hergequidenden „Anfus“ und soviel Angezungenheit hatten wir nicht erwartet. Wir vergaßen, daß doch Standesunterschiede zwischen uns und den Studentinnen und den „besseren“ Hausfrauen sein könnten! Sag es daran, daß wir gar nicht „offiziell“ zusammen waren? daß wir keine Begrüßungsreden und dergl. von Stapel ließen? Vielleicht. Diese bunten Abende wurden ziemlich lang ausgebeht. Die Hausfrau ließ aber Gnade für Recht ergehen. Ihr erscheint ein bisschen übertriebene Fröhlichkeit doch noch lieber zu sein, als „lange Gespräche“.

Wir haben in unserer Ferienwoche vieles gesehen. Noch mehr haben wir erlebt. In feiner Kameradschaft haben wir zusammengelebt diese Woche. Wenn wir auch sparsam wirtschaften mußten und nichts verbüßeln konnten, so waren wir doch reiflos froh. Das mitgenommene Butterbrot schmiedete fast so gut, wie der Kuchen, den wir uns nicht kaufen konnten. Mit leerem Beutel führen wir heim. Trotzdem waren wir reicher geworden. Wir wissen jetzt, daß die Schätze unseres Landes und der Welt auch uns gehören. Wir müßten sie uns noch erwerben. Eine Umgestaltung der Verhältnisse von innen und außen ist nötig, bis alle Kolleginnen einmal zu ihrer Freude und Erholung eine Ferienzeit erleben könnten.

Solange die Verhältnisse es noch nicht allein gestatten müssen wir die Einrichtungen unseres Verbandes, die uns eine billige Ferienverbindung ermöglichen, doppelt unterstützen und fördern.

arbeit die Furcht vor Weiterungen für jene Arbeiter, die sich beschwerdefähig an die zuständigen Stellen zu wenden wagten. Wie der Jahresbericht bezüglich der Kinderarbeit im allgemeinen feststellt, so betont er auch bei der Trikot-, Wäsche- und Wirkwarenfabrikation, bei der die Kinderarbeit früher in der Hauptsache für das Ansetzen von Knöpfen und das Fadenschneiden bezw. für das Umhäkeln und Abschleifen von Kinderkitteln, in der Korsettindustrie beim Stäbchenstecken in Betracht kam, daß diese Arbeiten jetzt in der Hauptsache auf mechanischem Wege ausgeführt werden.

Hinsichtlich der Verhältnisse in der Hausindustrie wird in den Jahresberichten mitgeteilt, daß der Geschäftsgang unter den verschiedenen Industrien im Textilgewerbe verhältnismäßig am günstigsten war. Zwar wurden in der Leinenindustrie ihre Heimarbeiter noch nicht wieder beschäftigt, dagegen konnten sich aber in der Stickerei- und Holzarbeit zahlreiche Frauen betätigen. Durch die Wiederaufnahme der Stickerei in der Schweiz wurden auch in den württembergischen Filialen eine Anzahl Frauen beschäftigt. Etwa 200 Frauen sind im Laufe der Jahre durch das Entstehen der Posamentenheimarbeiter in der Ravensburger Gegend in Beschäftigung gekommen. Diese Frauen führen das Zusammennähen von Borten, das Abheften von Quasten und das Franckenknüpfen aus.

Aus der Einzeldarstellung über die Betriebsunfälle ist ein Unglücksfall erwähnenswert, der sich im Färbereiraum einer Kunstwollerei ereignete. In diesem explodierte ein Garnkochkessel, wobei der ihn bedienende Färbermeister so verbrüht wurde, daß er in der darauffolgenden Nacht starb. Der Kessel, Durchmesser etwa 1600 Millimeter, war zum größten Teil in den Boden eingelassen und besaß einen gußeisernen aufklappbaren Deckel. Dieser wurde durch vier etwa 1 1/4 Zoll starke Gelenkschrauben, deren Drehzapfen in gußeisernen Lagern ruhten, angezogen. In der Dampfzuleitung, die von einem mit acht Atmosphären betriebenen Dampfessel gespeist wurde, war lediglich ein Absperrventil vorhanden, während in der Abdampfleitung des Kochkessels ein Sicherheitsventil, ein Manometer und ein Absperrventil eingebaut waren. Der zum Kochen verwendete Dampf wurde mittels des in der Zuleitung befindlichen Ventils jeweils so abgedrosselt, daß er angeblich nicht mehr als 1/2 bis 1/3 Atmosphären Druck besaß. Der Kessel, der früher nur als Vakuumkessel in Benutzung kam, wurde seit etwa 1/2 Jahren zum Kochen mit gespanntem Dampf verwendet. Bei der Explosion rissen die am Kessel befindlichen Lager der Gelenkschrauben entweder ganz oder in der Bohrmitteln ab, und der Deckel flog an die Rückwand des Raumes, wodurch er barst. Die Fenster der Färberei und des daneben gelegenen Raumes wurden hinausgedrückt. Die Explosion kam ohne Zweifel dadurch zustande, daß die Lager der Deckelschrauben gegen die auftretenden Spannungen nicht genügend widerstandsfähig waren.

Ein anderer tödlicher Unglücksfall ereignete sich in einer Spinneret. In dieser war an dem überstehenden Ende der Haupttransmissionswelle eine Riemenscheibe von 450 Millimeter zum Antrieb eines kleinen, nur zeitweise betriebenen Luftkompressors für eine Sprinkleranlage angebracht. Der Maschinist wollte während des Betriebes zur Abstellung des Kompressors den sechs Zentimeter breiten Riemen mit der Hand abwerfen, wobei er von dem Riemen erfaßt und um die Scheibe geschleudert wurde. Er wurde auf dem Boden liegend tot aufgefunden.

In einer Wollwollefabrik sprang beim Auflegen eines langen Treibriemens durch einen Vorarbeiter der Riemen von der Scheibe ab und schlang sich um dessen Arm, der gebrochen und in der Nähe der Achselhöhle abgerissen wurde. Der Tod trat durch Verblutung ein.

Bei der Behandlung der Frage der gesundheitsschädlichen Einflüsse und der Berufskrankheiten teilen die Jahresberichte mit, daß zur Bearbeitung der für den jetzigen Bericht zurückgestellten Sonderfrage von 1922 über die Gesundheitsverhältnisse in den Lumpensortieranstalten ujm. eine Reihe größerer und kleinerer Betriebe untersucht wurden, die bezüglich der Arbeitsräume, Lüftung, Heizung und Beleuchtung sehr verschieden waren — von modern ausgestatteten Anlagen bis zu behelfsmäßigen Einrichtungen im Gewinkel eines Altstadthauses. Staubabfugung besaßen nur die größeren Betriebe, und auch diese nur zum kleineren Teil in wirklich gut wirkender Art (Tischabfugung nach unten), zum größeren Teil in veraltetem, ungenügendem Zustand. Trotzdem waren die Gesundheitsverhältnisse nach den Erhebungen des Landesgewerbeärztes bei den Arbeitern und Arbeiterinnen und nach den Nachweisen der Krankenkassen (soweit solche zu erhalten waren) in den meisten Anlagen, auch in solchen ohne Staubabfugung, durchaus befriedigend. So waren z. B. viele Arbeiterinnen 25 und mehr Jahre in Tätigkeit, ohne berufliche Staubabschädigungen davongetragen zu haben. Leider gibt der Bericht in diesem Zusammenhang nicht an, in welchen Gemeinden und Gegenden diese Feststellungen gemacht wurden. Es darf wohl ohne weiteres vorausgesetzt werden, daß es sich hier um Betriebe handelt, deren gesundheitschädliche Einflüsse durch eine gesunde ländliche Umgebung ausgeglichen werden, während in reinen Industriegemeinden die Folgen wohl kaum ausgeblieben wären.

In diesem Zusammenhang wird weiter berichtet, daß nur in einem Betrieb, wo neben einer völlig veralteten unwirksamen Staubabfugung eine ganz ungewöhnliche Unreinlichkeit infolge Verarbeitung besonders schmutziger Lumpen zu beanstanden war, von der Krankenkasse gehäufte Erkrankungen der Atmungsorgane, hauptsächlich der oberen Luftwege, gemeldet wurden. Von diesen waren etwa die Hälfte auf die Staubeinwirkung zurückzuführen. Die Erkrankungen gingen auf die der Firma auferlegten Maßnahmen sofort zurück.

Aus den in der Anlage zu den Jahresberichten enthaltenen zahlenmäßigen Uebersichten ist für die Textilindustrie folgendes zu entnehmen: Nachgeprüft wurden insgesamt 679 Betriebe, hieron sind einmal nachgeprüft worden 600, zweimal 35, drei- oder mehrmals 3 Betriebe. Unfalluntersuchungen wurden 14 vorgenommen. Diese Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1923. Im Jahre 1924 erfolgten 781 Nachprüfungen, davon 666 einmal, 40 zweimal, 10 drei- oder mehrmals. Eine Nachprüfung wurde während der Nacht vorgenommen. Unfalluntersuchungen gab es im Jahre 1924 27.

Von besonderer Wichtigkeit für die Belange unseres Verbandes ist die Uebersicht über die Zahl der Arbeiter in Betrieben mit mindestens 10 Arbeitern und das Verhältnis der rentionspflichtigen Betriebe zu den rentierten. Daran waren vorhanden 836 Betriebe mit 17 550 erwachsenen männlichen Arbeitern und 39 068 Arbeiterinnen, davon waren

13 418 16—21 Jahre alt, über 21 Jahre 25 650. Junge Leute von 14—16 Jahren wurden in diesen Betrieben beschäftigt: 1458 männliche, 4783 weibliche. Kinder unter 14 Jahren wurden 156 männliche, 307 weibliche beschäftigt. Die Gesamtzahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter betrug also (im Jahre 1924) 63 322. Nachgeprüft wurden 686 Betriebe. Zu dieser Anzahl kommen noch 37 Anlagen zur Verarbeitung von Fasertoffen, Tierhaaren, Abfällen oder Lumpen. In diesen waren insgesamt 1486 Arbeiter beschäftigt, nachgeprüft wurden davon 30 Betriebe.

Eine andere Tafel gibt eine Uebersicht über die in Württemberg der Gewerbeaufsicht im Jahre 1922 unterstehenden Betriebe mit 50 und mehr Arbeitern, und zwar getrennt nach den einzelnen Industrien. Darnach waren im Spinnstoffgewerbe 222 solcher Betriebe vorhanden in der Größe von 50—199 Arbeitern, und zwar waren in ihnen 22 370 Arbeiter, darunter 16 599 weibliche beschäftigt. In Betrieben von 200—999, deren es 74 gab, waren 28 059 Arbeiter beschäftigt, darunter 18 888 weibliche. Betriebe von 1000 und mehr Arbeitern gab es 3, in denen 4382 Arbeiter beschäftigt wurden, darunter 2906 weibliche. Insgesamt betrug also die Zahl dieser Betriebe mit 50 und mehr Arbeitern im Spinnstoffgewerbe 299 mit 54 811 Arbeitern, darunter 38 393 weibliche. Sämtliche Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1922.

Der Arbeiter und die Kölner Jahrtausend-Ausstellung der Rheinlande.

„Der Arbeiter und die Jahrtausendausstellung“ — ein Widerspruch in sich — werden manche denken, Gegensätze, die sich ausschließen! Was soll der Arbeiter auf der Kölner Jahrtausendausstellung? — Das ist nur was für studierte Leute und für solche, die viel Geld haben!

Und doch behaupte ich, daß der geheimen Fäden, die von der Ausstellung zur Seele, zum Gemüt und zum Verstand des Arbeiters gehen, sehr viele sind; nur liegen sie dem bloßen Auge etwas verdeckt und bedürfen daher einer besonderen Hervorhebung.

Die Kölner Jahrtausendausstellung ist in ihrer Gesamtanlage sowohl wie in ihren einzelnen Abteilungen auf rein sachlichen, geschichtlichen, künstlerischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkt aufgebaut. Jede einseitige Uebertreibung irgend eines Standpunktes ist sorgfältig vermieden. In gleichberechtigter Ordnung reihen sich z. B. die einzelnen Konfessionen nebeneinander, einzig und allein der künstlerische Standpunkt war maßgebend bei der Aufstellung der Konfessionen.

Diese Ausstellung ist für Alle berechnet, für alle ohne Ausnahme, ohne Unterschied des Religionsbekenntnisses, der Parteizugehörigkeit, der Weltanschauung. Und eben darum, weil diese Ausstellung über jeder Tendenz steht, über Parteizugewand und Konfessionsschranke, weil sie die Vereinigten der Weltanschauungen und politischen Auffassungen überbrückend als einziges Ziel sich die Aufgabe gestellt hat, den deutschen Volksgenossen vor Augen zu führen, was das deutsche Rheinland in zehn Jahrhunderten seiner Entwicklung auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens, der Politik, der Kunst und Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft, geleistet und geschaffen hat, eben darum sollte diese Aufgabe auch von allen richtig gewürdigt und die Ausstellung von der Gesamtheit des deutschen Volkes besucht werden.

Man lasse sich doch einmal von einem Besucher die Eindrücke schildern, die er empfangen hat bei der Besichtigung dieser bedeutenden Ausstellung. Mit welcher Begeisterung sprechen alle davon! Es ist ein Erlebnis in des Wortes tiefster Bedeutung, eine Abwechslung in dem grauen Einerlei des Alltags, es sind genussreiche Stunden, die in dem Gedächtnis lange haften und in der Erinnerung sich erneuern.

Doch was nützt es, in nüchternen und kalten Worten diese Fälle von Schönheit sich schildern zu lassen! Worte sind und bleiben leerer Schall und Rauch! Aber das, was man mit eigenen Augen gesehen und in beschaulichen Minuten auf seinen Geist und seine Seele hat einwirken lassen, das wirkt unvergleichlich tiefer und nachhaltiger, der Eindruck bleibt und ist durch nichts zu verwischen.

Aber abgesehen von dem geistigen Genusse und der seelischen Befriedigung, die die Ausstellung auch dem Arbeiter bringt, abgesehen von dem erhebenden Gefühl, das auch dem Arbeiter überkommt bei der Fülle des ausgestellten Materials, und das begründet ist in dem Gedanken: „Das haben unsere Vorfahren und Ahnen geschaffen, deren auch ich ein Teil bin, denen auch ich mich im Innersten blutverwandt fühle“, abgesehen auch von diesem Stolz, der die Brust jedes deutschen Mannes höher schwellt, sind noch andere Momente, die den Arbeiter zum Besuche dieser Ausstellung veranlassen sollten.

Denn neben die Ausstellung der schönen und bildenden Künste, neben die Darstellung der Geschichte tritt, sie ergänzend und den Kreis zur Vollkommenheit schließend, die bedeutende Wirtschafts- und soziale Abteilung. Das ist ja gerade ein besonderer Vorzug der Kölner Jahrtausendausstellung, daß auf geschichtlicher Grundlage sich Gegenwartswerte aufbauen, daß vor dem Hintergrund des Alten auch das Neue, werdende sich darbietet.

In dieser zweiten großen Abteilung haben zunächst die Behörden und Städte einen Ausschnitt aus ihrem Schaffens- und Wirkungskreise gegeben, haben an Hand von Modellen, Karten, Skizzen und Statistiken die verschiedensten Momente des gegenwärtigen, und alle unmittelbar berührenden Alltagslebens dargestellt. Daß dabei jede ausstellende Stadt ihre Eigenart betont und unterstreicht, ist nur zu selbstverständlich. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang nur an die großen städtebaulichen Probleme, an die Tätigkeit der einzelnen Städte zur Gesunderhaltung des werktätigen Volkes durch Hinauslegen der industriellen Werte aus dem Wohngebiet der Arbeiter, durch Schaffung besonderer Wohn- und Siedlungsviertel, durch Anlegung von Grünanlagen und Volksgärten. So innert sei u. a. auch an den Ruhr-Siedlungsverband, der diese Probleme einer praktischen Lösung näher bringen will, um damit in erster Linie dem Arbeiter bessere und gesündere Lebensbedingungen zu schaffen, Probleme, die dort auf der Ausstellung in Skizzen, Bildern und Modellen angedeutet sind, und somit dem Arbeiter den Grad des Fortschritts zeigen und zum besseren Verständnis der Bestrebungen beitragen.

(Fortsetzung folgt in nächster Nr.)

Allgemeine Rundschau.

Gewerkschaftliche Neuorganisation.

Vor drei Jahren hatte der Kongreß der freien Gewerkschaften in Leipzig den Bundesvorstand beauftragt, einen Plan für den organischen Aufbau von Industriearbeiterhänden vorzulegen; eine besondere Kommission hat dieser Lage auf Grund dieses Beschlusses die Organisationsfrage nach allen Seiten erörtert. Sie ist jedoch zu keinem einmütigen Ergebnis gelangt.

Die Anhänger des Systems der Industriearbeiterhände haben dem Bundesauschuß einen von dem Vorsteher des Metallarbeiterverbandes, Dismann, ausgearbeiteten Plan vorgelegt, der allgemeine Richtlinien für die Schaffung von Industriearbeiterhänden zu zeigen beabsichtigt, und im einzelnen den organischen

Aufbau und den Wirkungsbereich dieser Verbände darlegt. Diese Gruppe hält es für möglich, einen einheitlichen Plan zur Lösung des Organisationsproblems durch Konferenzbeschlüsse durchzuführen. Dieser Auffassung widerspricht eine zweite Gruppe, die eine Organisationsumformung im Sinne der Leipziger Beschlüsse nicht für sachlich notwendig hält, da die industrielle Konzentration sich weder so einheitlich und schnell noch in der Richtung vollziehe, wie es von der ersten Gruppe angenommen werde. Einen Umbau der Gewerkschaften zu Industriearbeiterhänden durch gegenseitige Vereinbarungen hält die Gruppe nicht für möglich. Eine dritte Gruppe hält zwar auch die zwangsmäßige Durchführung des neuen Aufbaues der Gewerkschaften nicht für angebracht, aber sie erkennt die Leipziger Beschlüsse als grundsätzlich richtig an. Auch sie wendet sich gegen eine zwangsmäßige Lösung und hält eine gesunde Entwicklung nur durch gegenseitige Verständigung der beteiligten Gewerkschaften für möglich. Den beiden letzten Gruppen ist die Auffassung gemeinsam, daß neben der Vereinheitlichung der Bestrebungen usw. ein Ausbau der Bundeseinrichtungen für die gemeinsame Interessenvertretung auf wirtschaftspolitischem, sozialpolitischem und rechtlichem Gebiet wünschenswert sei.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat nunmehr ebenfalls zu der Organisationsfrage Stellung genommen. Seine Meinung geht dahin, daß zwangsmäßige durch einen verbindlichen Kongreßbeschlusse eine Lösung des Organisationsproblems nicht möglich sei, dagegen glaubt er, durch eine Änderung der Bundesstatuten die erstrebte Konzentration der gewerkschaftlichen Kräfte wirksam fördern zu können.

Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte. Sicherung des Lohnes bei Entlassung eines Betriebsratsmitglieds.

Eine Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung hat das Gewerbegericht zu Burgsteinfurt in der Sitzung vom 18. Juni getroffen. Aktenzeichen G. O. 29 — 1925. Ein entlassener Betriebsratsvorsitzender verklagte mit Erfolg die Firma auf Wiedereinstellung und auf Zahlung des Lohnes. Die beklagte Firma beantragte Aussetzung des Verfahrens und erhob zugleich Feststellungsklage mit dem Antrage, festzustellen, daß die fristlose Entlassung des Klägers berechtigt sei. Diese Klage wurde abgewiesen. Die Beklagte will gegen das Urteil Berufung einlegen. Der entlassene Betriebsratsvorsitzende beantragt nun, weil bei einer Verweigerung der Lohnzahlung infolge Aussetzung des Verfahrens die Bestreitung seines Lebensunterhaltes nicht möglich ist, den Erlaß einer einstweiligen Verfügung, wonach die Firma ihm den Lohn auszahlen muß. Damit kommt der Kläger auch durch.

Tatbestand.

Der Kläger, der Vorsitzende der Betriebsratvertreter bei der Beklagten war, ist am 21. April 1925 von dieser fristlos entlassen. Er hat darauf durch Klage beim Arbeitsgericht beantragt, die Entlassung gemäß § 96 Abs. 3 BGG, für ungerechtfertigt zu erklären und hat gleichzeitig Lohnklage für die Zeit vom 21. April bis 22. Juni 1925 erhoben. Die Beklagte hat Aussetzung des Verfahrens vor dem Arbeitsgericht beantragt und gleichzeitig Feststellungsklage erhoben mit dem Antrage, festzustellen, daß die fristlose Entlassung des Klägers berechtigt ist. Diese Klage ist vom Gewerbegericht durch Urteil vom heutigen Tage unbegründet abgewiesen worden. Auf die Urteilsgründe, aus denen sich ergibt, daß die fristlose Entlassung des Klägers unberechtigt war, wird verwiesen. Die Beklagte hat erklärt, daß sie gegen das Urteil des Gewerbegerichts Berufung einlegen werde. Der Antragsteller macht nun geltend, daß ihm infolge Aussetzung des Verfahrens vor dem Arbeitsgericht bis zur rechtsgültigen Entscheidung über die Feststellungsklage und bei einer Verweigerung der Lohnzahlung seitens der Beklagten als Antragsgegnerin die Bestreitung seines Lebensunterhaltes nicht möglich sei und hat Erlaß einer einstweiligen Verfügung gemäß § 940 ZPO, beantragt. Die Beklagte als Antragsgegnerin hat dem Erlaß einer einstweiligen Verfügung widersprochen.

Entscheidungsgründe.

Durch die Aussetzung des Verfahrens vor dem Arbeitsgericht bis zur rechtskräftigen Entscheidung der Feststellungsklage der beklagten Firma und durch ihre Weigerung zur Lohnzahlung an den Kläger ist die wirtschaftliche Lage des Antragstellers, der im wesentlichen zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes auf sein Arbeitseinkommen angewiesen ist, aufs äußerste gefährdet. Das Bestehen des Anspruchs auf Lohnzahlung selbst ist durch die Gründe des auf die Feststellungsklage der Firma hin ergangenen Urteils des Gewerbegerichts vom 18. Juni 1925, durch das die Entlassung für ungerechtfertigt erklärt worden ist, hinreichend dargetan. Es liegt somit ein Rechtsverhältnis von Dauer vor, und zur Anwendung wesentlicher Nachteile für den Kläger als Antragsteller muß ihm daher für die Dauer der Aussetzung des Verfahrens vor dem Arbeitsgericht die Möglichkeit des Bezuges seines Lohnes geschaffen werden. Gemäß § 94 ZPO, war daher eine einstweilige Verfügung zunächst dahin erlassen, daß dem Kläger als Antragsteller, der bereits seit dem 21. April 1925 trotz seines Arbeitsverhältnisses keinen Lohn erhalten hat, zunächst für die zurückliegende Zeit vom 21. April 1925 bis 22. Juni 1925 der Lohn zuerkannt wird.

Diese einstweilige Regelung gemäß § 940 ZPO, erscheint auch deshalb erforderlich, weil die Antragsgegnerin sonst in der Lage wäre, durch Hinauszögern des Eintritts der Rechtskraft des Feststellungsurteils den Antragsteller zu zwingen, in seiner Notlage anderweitig Arbeit zu suchen und damit auf die Weiterbeschäftigung bei der Antragsgegnerin zu verzichten. Auf diese Weise könnte der Arbeitgeber als der wirtschaftlich Stärkere die Betriebsratsmitglieder trotz nicht Vorliegens von zulässigen Entlassungsgründen aus dem Betriebe entfernen, was der Absicht des Gesetzgebers zweifellos widerspricht. Auch zur Anwendung dieser Gefahr mußte deshalb eine einstweilige Verfügung gemäß § 91 ZPO, erlassen werden.

Kostenentschädigung beruht auf § 91 ZPO. Diese Anordnung ist, da es sich um eine Lohnforderung handelt, für die das Gewerbegericht in der Hauptsache zuständig ist, und da der Wert des Streitgegenstandes unter 300 M. beträgt, unanfechtbar. gez.: Dr. Wientgen.

Ausgefertigt Burgsteinfurt, den 20. Juni 1925.

Aus der Textilindustrie.

Wuchmacherei in der Grafschaft Marl.

Zu Ende des 13. Jahrhunderts wurde die Wuchmacherei in der Grafschaft Marl so stark betrieben, daß in den Dörfern derselben (Dortmund usw.) damals 40000 Weber sich

Befanden. Köln, das den Großhandel hauptsächlich betrieb, war einer der Hauptabgabepunkte. Ueberhaupt stand die märkische Betriebsamkeit, die sich mit dem Ackerbau nicht begnügte, im Dienste des deutschen Großhandels, den die Hansestädte mit deutschen Tuchfabrikanten nach England, Dänemark, Schweden und tief nach Rußland hinein betrieben. Dortmund z. B. trieb im 14. Jahrhundert durch ganz Deutschland bis nach Rußland hin Handel, während Duisburg in den vornehmsten rheinischen Städten Warenlager hielt und den Rheinstrom stets mit seinen Schiffen belebte. Für Bochum fehlen alle Nachweise der Beteiligung; zu schließen ist diese aber daraus, daß es 1722, nachdem die Hanja untergegangen, in der Reformationszeit die Tuchmacherindustrie aus Westfalen nach dem Niederrhein sich verzoogen und die Stürme des dreißigjährigen Krieges den letzten Wohlstand vernichtet hatten, noch 21 Tuchmacher in Bochum sich befanden, von denen allerdings die meisten nur noch für andere Wolle spannen, während 1725 nur noch 8 im Jahre 1789 keiner mehr im Orte vorhanden war. Bezeichnend für den Niedergang dieser einstmal blühenden Industrie ist ein Schriftstück vom 1. April 1686, in welchem eine Abordnung der Tuchmacher aus den Hauptstädten der Grafschaft Mark den großen Kurfürsten bittet, „weil erfahrungsgemäß das Tuchmacherhandwerk gar in Abgang komme, daß die Wolle aus dem Lande verführt, dagegen allerlei Scheinreiche und betrügerische Lügner wieder eingeführt, verhaufert und von der Häuser Unfähigen unter dem Scheine eines Privilegien zu Markte gebracht würden, beahndigt ein beständiges Reglement zu erlassen, das Hausieren nach der Verordnung vom 13./23. März 1677 abzuschaffen und es bei dem Häuserpatent vom Jahre 1650 gnädigt zu belassen“; hingewiesen wird darin auf die Schädigung, welche der Export der Einheimischen und die Staatssteuereinnahmen durch den Häuserhandel erlitten. An dem mittelalterlichen Großhandel direkt beteiligt und so zu Reichtum gekommen war, soweit wir wissen, eine Bochumer Familie, die Familie Mulderbach, welche nach Darpe zwei Söhne in Rußland hatte.

Aus unserer Arbeiterinnenbewegung.

Die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Frauenberufsverbände zur hauswirtschaftlichen Ausbildung der weiblichen Jugend.

In der kurzen Zeit des Bestehens der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Frauenberufsverbände hat dieselbe bereits eine rege Tätigkeit entfaltet. In ganz besonderer Weise beschäftigt sich die Frauenarbeitsgemeinschaft in den letzten Monaten mit der hauswirtschaftlichen Ausbildung der weiblichen Jugend. Deren volkswirtschaftliche und sittliche Bedeutung wird in vielen Kreisen noch zu wenig anerkannt. Selbst in Arbeiterkreisen findet man nicht immer das rechte Verständnis für eine grundlegende Ausbildung der weiblichen Jugend. Und doch sollte gerade die Arbeiterklasse alles daran setzen, ihrer weiblichen Jugend wenigstens das Kapital einer gebieterischen, nützlichsten Ausbildung zu vermitteln und ihr den harten Lebensweg dadurch zu ebnen suchen. Auch im allgemeinen Volksinteresse liegt es, die hauswirtschaftliche und berufliche Ausbildung der weiblichen Jugend sicher zu stellen.

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Frauenberufsverbände stellt in einer Vertreterinnenversammlung für die hauswirtschaftliche Ausbildung der weiblichen Jugend folgende Grundzüge auf:

1. Jedes junge Mädchen bedarf der hauswirtschaftlichen Unterweisung.
2. Diese soll unabhängig von dem späteren Beruf und vor Eintritt in einen solchen gegeben werden.
3. Die Dauer ist auf ein Jahr zu bemessen. Die Ausbildung soll im Anschluß an die allgemeine Schulpflicht erfolgen. Wo dieser Zeitpunkt eine Unterbrechung des Studiums bedeutet, die nachteilig für die Zukunft wirkt, können besondere Bestimmungen getroffen werden. Zulässig sollen auch besondere Bestimmungen über die Verteilung der Ausbildungszeit für Landgemeinden sein.
4. Als hauswirtschaftliches Jahr gelten:
 - a) schulmäßige Unterweisung in öffentlichen Haushaltungsschulen oder in gleichwertigen Anstalten, die staatliche Anerkennung gefunden haben,
 - b) geregelte Lehre in einem dazu geeigneten fremden Haushalt.
 - c) Unterweisung in einem dazu geeigneten elterlichen Haushalt.
5. Der Ausbildungsstoff muß sich auf alle Gebiete häuslicher Tätigkeit erstrecken. Er ist sowohl praktisch als auch theoretisch zu behandeln. Die theoretische Ausbildung hat in jedem Fall durch die Schule zu erfolgen.
6. Die Kosten für das hauswirtschaftliche Schuljahr werden im wesentlichen vom Staat getragen.
7. Als Fachbildung für den hauswirtschaftlichen Beruf ist das hauswirtschaftliche Jahr nicht zu betrachten. Diese kann anschließend an das hauswirtschaftliche Jahr durch die Praxis in Verbindung mit der Berufsschule durchgeführt werden.
8. Die Einführung in andere Berufe beginnt erst nach Schluß des hauswirtschaftlichen Jahres. Der Unterricht der Berufsschule für diese Berufe, z. B. für Handwerkerinnen, kaufmännische Angestellte, Sacharbeiterinnen usw. darf durch hauswirtschaftliche Stunden nicht verkürzt werden. Dagegen soll für Berufsgruppen, für die Fachunterricht nicht oder nur in beschränktem Maße möglich ist, der hauswirtschaftliche Unterricht in der Berufsschule breiten Raum einnehmen. Eine Zusammenlegung mit den Fachklassen der Hausgehilfinnen soll aber nur erfolgen, wo die Zahl der Schülerinnen für besondere Klassen nicht ausreicht.
9. Damit der dreijährige Besuch der Berufsschule durch das hauswirtschaftliche Jahr nicht verkürzt wird, ist die Schulpflicht der Reichsverfassung entsprechend bis zum vollendeten 18. Lebensjahr durchzuführen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Filippstorf. Unser 1. Christlicher Gewerkschaftskongress in Wittau-Wahren von Kongressdelegierten Bernad Klingler, Philippstorf. Es war am Freitag, den 29. Mai ds. Ja., als ich mit noch einigen Kollegen von Georgswalde wegfuhr. Wohin? Nach Wittau, zum ersten christlichen Gewerkschaftskongress, zu der 25-jährigen Jubelfeier, die diese Ortsgruppe feiern konnte. Nachts um 1 Uhr kamen wir in Wittau an und wurden sofort von Kollegen Böhm herzlich auf das Herzlichste willkommen geheißen. Frühmorgens des nächsten Tages, die Sonne lachte vom Himmel, wurden wir vom Kollegen, Sekretär Haupt, mit der inneren Stadt näher bekannt gemacht. Ammittags um 4 Uhr fing die ernste Arbeit an, die durch die allgütige Wärme, die uns die liebe Sonne als Festesgruß schickte, nicht gerade angenehmer wurde. Es tagten gleichzeitig vier Beratungskomitees mit folgenden Beratungsgegenständen: a) Für die Betriebsräte und Betriebsausstöße: „Das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in Betrieb und Wirtschaft“ (Referent: Kollegen Wilhelm Herzog, Leiter der Betriebsräteabteilung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin und Adolf Hanig, Freienwalder). — b) Für die Geschäftsführer der Ortsgruppen: „Das neue Arbeitslosenunterstützungsgesetz“ (Referent: Sekretär Renner, Hagenfelde). — c) Für die Bediensteten staatlicher Betriebe: „Die Stellungnahme zu den neuen Verträgen“ (Referent: Friedrich Schö, Wittau). — d) Für das Wohnungswesen: „Mieterschutz und Wohnungsfürsorge“ (Referent: Sekretär Greif, Ful-

leber jedes einzelne der Referate zu berichten würde zu weit führen. Kurzum, jeder war hochbefriedigt von dem, was er gehört. Als die Dämmerung hereinbrach, wurde im Garten des Rath. Vereinshauses ein Fackelzug durch die Stadt gestellt. Herrlich war es anzuschauen, als der schäumende 3000 Menschen zählende Zug, begleitet von zwei Musikkapellen, durch die mit Fahnen geschmückten Straßen zog. Auf dem Festplatz angekommen, ging wohl durch jedes Herz der tausenden von Menschen das Bewußtsein und das befehlende Geißel, daß das Werk, was nur von wenigen Menschen gegründet wurde, auch von keiner Seite gestört werden kann, und daß es weiter, immer weiter blühen wird. Es sprachen Weihbischof Dr. Schinzel, Verbandsvorsitzender Hans Schö, Bundesrat Dr. Hemala, Wien, Verbandsvorsitzender Scholz, Wigtadtel, Sekretär Greif, Falkenau und der Bürgermeister von Wittau. Herabgewandene Worte waren es, die über den Festplatz klangen, und ich bin fest davon überzeugt, daß sich jeder der Teilnehmenden im Stillen gelobte, weiterzubauen an unserer gerechten christlichen deutschen Gewerkschaftsbewegung. Verstärkt wurde diese Kundgebung noch durch Abklingen eines prächtigen Feuerwerkes, durch Darbietungen des städtischen Orchesters und des Sängerklosters von Wittau.

Am 9 Uhr früh des anderen Tages war wieder eine Delegierten-Versammlung. Es sprach Abg. Robert Schälzky, Freudenthal über „Die Grundfragen christlicher Sozialreform“. Nachmittags 2 Uhr als Fortsetzung der am Vormittag abgehaltenen Versammlung sprach Verbandsvorsitzender Hans Schö über: Sozialpolitik in der Tschechoslowakei.“ Abends 7.30 Uhr fand im Saale des katholischen Vereinshauses ein Festabend unter gütiger Mitwirkung des Sängerklosters der christlichen Vereine Wittaus statt. Die Festrede hielt Kollege Wilhelm Herzog, Berlin und noch viele andere Redner brachten den Dank aus für die äußerst freundliche Aufnahme, denn die Zentrale hatte keine Kosten und Mühen gescheut, diese Ehrentage so festlich wie möglich begeben zu können.

Leberich. Die 25-jährige Jubelfeier unserer Ortsgruppe ging in eindrucksvoller Weise vor sich. Ein feierlicher Gottesdienst am Vormittag des 14. Juni leitete die Feier ein. Nach diesem war Zusammenkunft der Jubilare und aller Führer und Vertrauenspersonen. Jeder Jubilar — es sind 109 Gründer, die noch heute der Ortsgruppe angehören — trug ein Silberkränzchen. Der Sekretärsleiter, Kollege Dörpinghaus, gab in einer Ansprache einen Ueberblick über das zurückliegende Vierteljahrhundert und die Erfolge unserer Bewegung. In diese Erfolge lebten Arbeit, Schweiß, Opfer, Mahnung, ja sogar Gefängnis einzelner Kollegen. — Abends 6 Uhr war im Saale des Vereinshauses Festversammlung, die stark besucht war. Der Vorsitzende, Kollege Nießen, kam in seiner Begrüßungsrede auf die verdienstvollen Gründer zurück, zu deren Ehren die Versammlung

Stell dich in Reih' und Glied,
Das Ganze zu verstehen,
Mag auch wer's Ganz' sieht,
Dich nicht darin bemerk'n.
Das Ganze wirkt, und du
Bist drin mit deinen Werken.
Wird nicht der Musiker
Den Einzelmann gewahren,
Mit Lust doch wird er sein
Vollständig seine Scharen.
Sei nur ein Blatt im Kranz,
Ein Ring im Ringeltanz;
Fühl' dich im Ganzen ganz
Und ewig wie das Ganz'!

Friedrich Rückert.

sich von den Eichen erhob. Dann konnte er zahlreiche Gäste begrüßen, u. a. die Herren Dechant Boers und Bürgermeister Eger. Die Festrede hielt der Verbandsvorsitzende, Kollege Dörpinghaus, Düsseldorf. Er brachte den Jubilaren die Glückwünsche der Verbandsleitung, sie als die stärkste Säule des Verbandes bezeichnend. Er verglich die Zeit vor 25 Jahren mit der heutigen. Es müsse darauf gesehen werden, daß beim Aufbau der Wirtschaft und des Vaterlandes die Fehler vermieden würden, die so oft in der letzten Zeit gemacht worden seien. Insbesondere ferne und dürfe der Versuch nicht unternommen werden, alle Lasten auf den Rücken des arbeitenden Volkes zu legen. Die Ausführungen waren ein Befehnis zu wahren Volksgemeinschaft, die unsere Bewegung immer gewünscht und erstrebt hat. Es brachten weiter noch Glückwünsche dar, Kollege Jakob Pech, als früherer Leiter des Bezirks und Mitbegründer, Kollegin Kapfels, Kreisfeld für die gesamten Textilarbeiterinnen. Weitere Ansprachen wurden gehalten vom Herrn Dechant Boers, Herrn Bürgermeister Eger, Herrn Dr. de Gloor als Präses des Arbeiter- und Gewerkschaftsbundes und Herrn Sieffelt, letzterer im Auftrage des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes. Die Jubilare wurden geehrt durch Ueberreichung eines kunstvollen Diploms. Namens der Jubilare dankte der Kollege Zihen der Ortsgruppenleitung für die ehrenvolle Veranstaltung und für das Diplom. Zum Schluß hat er die anwesende Jugend, mit frischem Mut an die Gewerkschaftsarbeit zu gehen.

Stein im Wiesental. Gegen die Einfuhr italienischer Textilarbeiterinnen in der Textilindustrie. Die Arbeiterklasse hatte zu einer Versammlung im Lokal zur „Sonne“ eingeladen. Zu dieser Versammlung waren außer den Gewerkschaftssekretären beider Verbände auch der Gemeinderat von Stein eingeladen. Beratungsgegenstand der Versammlung war der Antrag der Firma Spinnerei und Weberei Stein A. G. in Stein, 40 italienische Arbeiterinnen für ihren Spinnereibetrieb einzuführen. Die Firma hat diesen Antrag an das Badische Landesamt für Arbeitsvermittlung gestellt und die Springlichkeit damit begründet, daß in Deutschland nicht genügend Arbeitskräfte zu bekommen seien. Unbegreiflicherweise hat der Gemeinderat von Stein mit 4 gegen 3 Stimmen diesen Antrag beim Arbeitsamt in Lörrach befürwortet. Der Herr Bürgermeister, der in der Versammlung anwesend war, begründete dies damit, daß die Firma den Antrag viel zu spät an den Gemeinderat gelangen ließ, jedoch eine ordnungsmäßige Sitzung mit mündlicher Ansprache nicht abgehalten werden konnte. Die Stellungnahme des Gemeinderates wurde durch den Gemeindevorsteher im Unkaufverfahren durchgeführt. Diese Art der Abstimmung unter den Gemeindevorsteherern erregte in der Versammlung Befremden und allgemeines Kopfschütteln. Die Versammlung war der Auffassung, daß, wenn die Firma es nicht eiliger hatte, den Gemeinderat rechtzeitig zu unterrichten, sich auch der Gemeinderat hätte Zeit lassen können, einen solch wichtigen Antrag in einer dazu bestimmten Sitzung sachgemäß und gründlich durchzuberaten. Allgemein wurde hervorgehoben, daß die niedrigen Löhne schuld daran sind, wenn zeitweise in der Spinnerei Arbeitskräfte fehlen. Wenn junge Mädchen im Alter von 14-17 Jahren Arbeitslöhne von 12-22 Pfg. pro Stunde erhalten braucht man sich nicht zu wundern, wenn niemand in die Spinnerei gehen will. Ferner wurde ersichtlich, daß die Spinnerei, daß die Gewerkschaften eine große sei und vom Gewerbe-

aufsichtsamt nicht genügend getan würde, um diesem Uebelstand zu beheben und für eine sachgemäße Ventilation zu sorgen, ebenso ließe die Behandlung durch den Obermeister zu wünschen übrig. Die versammelten Textilarbeiter brachten ihre Empörung über diesen Vorgang in folgender Entschiedenheit zum Ausdruck:

„Die heutige Versammlung der Arbeiterklasse der Spinnerei und Weberei Stein protestiert in schärfster Weise gegen die Absicht der Firma, 40 italienische Arbeiterinnen einzuführen und erklärt, daß sie mit diesen nicht zusammenarbeiten wird. Ferner protestiert die Arbeiterklasse schon jetzt dagegen, daß die neuen Arbeiterwohnungen den fremden Arbeitern zur Verfügung gestellt werden sollen. Im Interesse der Erhaltung des Arbeitsfriedens im Betriebe und in der Gemeinde richten wir unsere warnende Stimme auch an die Gemeinde und die staatlichen Behörden, solche Zustände zu verhindern. Die beiden Gewerkschaftssekretäre Kieslich u. Rümmele werden bevollmächtigt und beauftragt, dieselbe Beschlüsse an zuständiger Stelle zu unterbreiten und alle möglichen Schritte zu tun, um die Herbeiführung italienischer Arbeitskräfte zu verhindern.“

Besondere Bekanntmachungen.

Verbandsbezirk Crefeld.

Zunehmend ist unsere Geschäftsstelle angeschlossen unter Fernrufnummer 26408 an das Fernsprechtamt Crefeld.
Die Bezirksleitung.

Bücherempfehlung.

Wirtschaftsberatung und Wiederaufbau.

Die soziale Unrast, die die deutsche Wirtschaft durchpflastert, und die einem ruhigen stetigen Gang derselben entgegenwirkt, ist teilweise eine Folge des Ringens der breiten Schichten des deutschen Volkes, um die Wiedergewinnung ihrer früheren verhältnismäßig hohen Lebenshaltung. Das Gleichmaß in der Entwicklung der deutschen Wirtschaft der Vorkriegszeit und damit die Verbürgung einer beständigen, in leichten Zwischenräumen sich hebenden Lebenshaltung des deutschen Volkes umgekehrt lag gewahrleistet in dem Ausgleich der Zahlungsbilanz im Verkehr mit den Auslandsstaaten, sowie im wachsenden Wohlstand. Die deutsche Wirtschaft, so sehr sie in die Weltwirtschaft verflochten war, war in ihren Verfügungen frei; etwaige Schulden waren gegenüber den in ihr vorhandenen und jährlich zunehmenden Werten bedeutungslos. Diese deutsche Wirtschaft gehört der Vergangenheit an. Die heutige ist sowohl in ihrer äußeren Form als auch in ihren inneren Lebensbedingungen eine wesentlich andere. Typisch ist ihre innere Verarmung und die starke Verschuldung an die sie umgebenden Auslandsstaaten. Die Frage der Wiedergewinnung der vollen Wirtschaftskraft und nationalen Freiheit läuft daher auf die Beantwortung der beiden weiteren hinaus: Wie gewinnen wir der Wirtschaft wieder ihre frühere Substanz zurück und wie erfüllen wir das nationale Bestreben für die Bekämpfung der sozialen Unrast und Rückkehr der früheren Lebensfreude u. Arbeitslust ist aber bedeutungsvoll die Möglichkeit einer Verbesserung der Lebenshaltung der arbeitenden Massen und mittleren Schichten. Ueber all diese Probleme und andere bringt Tafelmann und Mahnungen eine eben im Volksvereinsverlag erschienene Schrift von Dr. Emil van den Boom: „Wie überwinden wir die Verarmung unserer Wirtschaft?“ Die unter diesem Titel zusammengestellten Aufsätze des bekannten Volkswirtschaftlers dürften als Material für den Wiederaufbau der Wirtschaft und die nationale Wiederaufrichtung des deutschen Volkes allen denen willkommen sein, die sich um diese hohen Ziele bemühen.

Briefkasten der Schriftleitung.

- E. St. Aachen.** Es ist unverständlich, daß jeder Einsender eines Beitrages für die Verbandszeitung annimmt, daß seiner Arbeit eine große Bedeutung beigemessen werden müsse. Nach Lage der Dinge kann aber nur einer bestimmen, was sich zur Veröffentlichung eignet und in welcher Form es aufgenommen werden kann. Viele Räte werden sich bekanntlich den Brief-
- H. Schm. Werden.** Die Anregung ist gut und soll darum auch Beachtung finden. Herzlichen Dank. Würden doch noch mehr Mitglieder sich so wie du Gedanken machen darüber, was geschehen kann, um das Verbandsorgan allen Mitgliedern lieb und wert zu machen.
- R. G. Cottbus.** Besten Dank für deinen Beitrag. Sobald als möglich, wird die auszugweise Veröffentlichung erfolgen. Der vollständige Wortlaut der Arbeit ist zu umfangreich. Wir müssen auf den leider schon chronisch gewordenen Raummangel in unserer Zeitung Rücksicht nehmen.
- H. J. M. Gladbach.** Ganz gewiß können auch kurze Notizen über die Bedeutung der Genossenschaftsbewegung, besonders der Konsum-Genossenschaften, in unserer Zeitung aufgenommen werden. Als Verbraucher müßten wir der Konsumvereinsbewegung ein viel größeres Verständnis entgegenbringen.
- H. B. Forstheim (Bayern).** Es ist gar nicht so schwer, auch wirklich originelle Berichte aus den Ortsgruppen zu schreiben, die für die Gesamtheit der Mitglieder von Interesse sind. In den letzten Nummern finden sich gute Vorbilder.

Versammlungskalender.

Crefeld. Unsere Quartalsversammlung findet am Dienstag, den 21. Juli, abends 7 Uhr, im Lokale „Victoria Brauerei“, Dionysiusstr. statt. Thema des Vortrages: „Das Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft.“ Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.
Der Vorstand.

Adressenänderung.

Ortsgruppe Beuel:

Vorsitzender: Theodor Jakob, Holzlar (Siegfrieds), Hauptstraße 36.
Kassierer: Bernh. Henseler, Schwarz Rheindorf b. Beuel, Büllicherstraße 5.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Voraussetzungen für das Wiederaufblühen der Wirtschaft. — Die drei Hebel — Gewerkschaften, Genossenschaften, Standesvereine. — Beendigung der Generalausperrung im Holzgewerbe. — Die Textilindustrie in den Jahresberichten der württ. Gewerbeaufsicht. — Der Arbeiter und die Kölner Jahrtausend-Ausstellung der Rheinlande. — Feuilleton: Unsere Ferienreise. — Allgemeine Rundschau: Gewerkschaftliche Neuorganisation. — Für unsere Arbeiter und Betriebsräte: Sicherung des Lohnes bei Entlassung eines Betriebsratsmitgliedes. — Aus der Textilindustrie: Tuchmacherei in der Grafschaft West. — Aus unserer Arbeiterinnenbewegung: Die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Frauenberufsverbände zur hauswirtschaftlichen Ausbildung der weiblichen Jugend. — Berichte aus den Ortsgruppen: — Philippstorf. — Leberich. — Stein im Wiesental. — Besondere Bekanntmachungen. — Bücherempfehlung. — Briefkasten der Redaktion. — Versammlungskalender. — Adressenänderung.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Sannenstraße 33.